

Frank Deppe

Marx, Marxismus, sozialistische Bewegung: Bilanz und Perspektiven

1.

Meine Ausgangsthese bedarf keiner ausführlichen Begründung. Marxismus und sozialistische Bewegung befinden sich am Ende des 20. Jahrhunderts in einer tiefen Krise - vielleicht in einer existentiellen Krise. Für die "Sieger der Geschichte" ist es klar: der Sozialismus - gleichsam als die Summe der utopischen Träume des 19. und 20. Jahrhunderts - ist dabei, Geschichte, und d.h. Stoff für Historiker zu werden. So Joachim Fest 1991. Und er fügte hinzu: "nach blutigen Ausflügen in die Realität kehrt er jetzt wieder in die British Library zurück".¹

Diese Krise erklärt sich keineswegs ausschließlich aus der welthistorischen Zäsur der Jahre 1989 bis 1991 - bis zur Auflösung der Sowjetunion. Ihre Wurzeln reichen tiefer und haben eine lange Vorgeschichte. Und deshalb macht *Perry Anderson* in seiner kritischen Auseinandersetzung mit den Thesen von *Francis Fukuyama* über "Das Ende der Geschichte" mit Recht auf die starken Zweifel aufmerksam, denen das sozialistische Projekt - durch die Entwertung seiner Geschichte und seiner Ziele - heute ausgesetzt ist. "Gleichheit, die nach dem zweiten Weltkrieg immerhin eine rhetorische Rolle im öffentlichen Leben spielte, auch wenn sie in Wirklichkeit radikal abgewehrt wurde, gilt derzeit weder als möglich noch als wünschenswert. Ja, für den gesunden Menschenverstand unserer Tage sind alle Ideen, die einstmals den Glauben an den Sozialismus ausmachten, bloß noch tote Hunde. Das Zeitalter der Massenproduktion ist von einer Nach-Fordschen Ära abgelöst worden. Die Arbeiterklasse gilt als verblassende Erinnerung an die Vergangenheit, Kollektiveigentum als Garantie für Tyrannei und Ineffizienz; substantielle Gleichheit als unvereinbar mit Freiheit oder Produktivität".²

Eine Zwischenbemerkung: Es wäre - um den Charakter der gegenwärtigen Krise in einer historisch vergleichenden Perspektive genauer zu bestimmen - lohnend, auf die Geschichte der "Krisen des (oder im) Marxismus" genauer einzugehen. Dabei wäre zu erinnern an *Thomas Masaryk* (1899), der *Bernstein's Revision* als Krise des Marxismus deutete - an die Junius-Broschüre von *Rosa Luxemburg* (1916), an den jungen *Antonio Gramsci*, der die russische Revolution vom Oktober 1917 zunächst als Revolution

¹ Joachim Fest, *Der zerstörte Traum: Das Ende des utopischen Zeitalters*; Berlin 1991, S. 13.

² Perry Anderson, *Zum Ende der Geschichte*, Berlin 1993, S. 143.

gegen das "Kapital" (von Karl Marx) deutete - an Karl Korsch's "Marxismus und Philosophie" (1923) - das Auseinanderbrechen der Marxisten "in drei feindliche Heerlager ... in der revolutionären Nachkriegskrise"³ ist ihm der Kern der Krise - oder (um die Linie abzukürzen): die Intervention von Louis Althusser im Jahre 1978, in der die Krise des Marxismus als ein "Phänomen" bezeichnet wurde, das in historischen und weltweiten Dimensionen die Schwierigkeiten, Widersprüche und Sackgassen betrifft, in denen sich heute die in der marxistischen Tradition stehenden revolutionären Organisationen des Klassenkampfes befinden".⁴

Immerhin können wir von Rosa Luxemburg lernen, daß in solchen Krisen die "Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ... Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung" sei.⁵ Aber, die gegenwärtige Krise ist tiefer, existentieller als die früheren - diese Einsicht erschließt sich durch den Blick auf den Zustand von Organisationen der sozialistischen Bewegung, die sich auf Marx beziehen; das zeigt auch ein Blick auf die (marginale) Rolle des Marxismus im internationalen Wissenschaftssystem und in der politischen Kultur. Und, das zeigt auch die Art und Weise, wie die (ich sage das sehr verkürzt) "marxistische Vergangenheit" in den Biographien so vieler ehemaliger Genossinnen und Genossen verarbeitet, besser noch: vielfach verdrängt wird. Und auch viele von uns werden nicht nach Hannover in der Hoffnung gekommen sein, daß wir - wie es der junge Marx formuliert hat - diese (herrschenden) "versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß wir ihnen ihre eigene Melodie vorsingen".

Als wir uns im vorigen Jahr - mit Heinz Jung - entschieden, zu dieser Tagung einzuladen, ging es uns nicht allein darum, solche Erfahrungen zur Sprache zu bringen. Vielmehr deutete sich jetzt schon eine gewisse Tendenzwende an, die der Soziologe Ulrich Beck schon 1993 als die "Siegkrise" bezeichnet hatte, in die der Kapitalismus seit Anfang der 90er Jahre "hineingeschlittert" sei. In einer Veröffentlichung des vergangenen Jahres hat Ulrich Beck im Blick auf die Massenarbeitslosigkeit (Kapitalismus "ohne Arbeit") sowie die Krise des Sozialstaates die Politische Ökonomie (im Marxschen Sinne) als einen "Joker" bezeichnet, der wieder für einen Stich gut sein könnte. Und er fügt hinzu: "Merke: Auch der 'neoliberale Globalismus' bereitet den Weg für einen Neomarxismus, der allerdings utopisch erblindet ist".⁶

Immerhin wird hier die Fragestellung benannt, die - so nehme ich an - im Mittelpunkt unserer Diskussionen stehen wird: die marxistische Diagnose

³ Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie*, Frankfurt/M. 1966, S. 94.

⁴ Louis Althusser, *Die Krise des Marxismus*, Hamburg 1978, S. 54.

⁵ Rosa Luxemburg, *Die Krise der Sozialdemokratie*, in: dies., *Politische Schriften II*, Frankfurt/M. - Wien 1966, S. 21.

⁶ Ulrich Beck u.a., *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt/M. 1996, S. 35/36.

über den krisenhaften Charakter der historischen Tendenz der Kapitalakkumulation, die - am Ende des 20. Jahrhunderts - in einem völlig paradoxen Kontext zu stehen scheint: Der Kapitalismus scheint mit seiner weltweiten Durchsetzung alternativlos geworden zu sein ... und gleichzeitig wird immer deutlicher, daß diese Produktions- und Vergesellschaftungsweise ein globales Katastrophenprogramm beinhaltet, ökologisch, sozial und politisch (Hirsch). Nur so wird verständlich, daß heute wieder Zusammenbruchstheorien (bei Robert Kurz z.B.) angedacht werden, die freilich ohne soziale und politische Subjekte, die Träger einer sozialistischen Transformation sein könnten, auskommen müssen.

2.

Ich will nun fragen, welche Aspekte im Rahmen einer versuchsweisen Bilanz zu berücksichtigen wären. Wenn ich hier zunächst einmal an das umfangreiche Werk von Eric Hobsbawm mit dem Titel "Zeitalter der Extreme" erinnere⁷, so will ich damit nicht allein die Richtung meiner Argumentation andeuten, sondern zugleich die Schwierigkeit, auch nur einige dieser Aspekte auszuwählen.

Erstens. Die Geschichte des Sozialismus und Marxismus seit dem 19. Jahrhundert ist außerordentlich komplex. Sie differenziert sich in verschiedene Strömungen und Räume aus - die "drei Ströme", von denen in den 60er und 70er Jahren oftmals die Rede war: "Realsozialismus", "Dritte-Welt-Sozialismus" und "Metropolensozialismus" (in sich auch noch einmal differenziert). Dazu natürlich die großen Spaltungen und Konfrontationen zwischen Reformisten, Marxisten-Leninisten (mit jeweiligen "Unterspaltungen") und (zeitweilig und regional im Süden Europas konzentriert) Anarchosyndikalisten, die sich auch auf Marx bezogen. Dies deutet nicht allein auf den universalistischen Charakter des Sozialismus, sondern auch auf höchst unterschiedliche sozialökonomische, politische und kulturelle Bedingungen hin, unter denen sich Sozialismus (und der Bezug zu Marx) entwickelt hatte - als Programm der nachholenden Industrialisierung und nichtkapitalistischen Entwicklung, als Kampf gegen koloniale und imperialistische Abhängigkeit und Unterentwicklung, als Programm der Wirtschaftsdemokratie und der Sozialstaatlichkeit.

Zweitens. Diese Geschichte verlief nicht linear (und naturwüchsig) - nach einem Fortschrittsplan, sondern eher zyklisch, im Wechsel von Erfolgen, Niederlagen und Rückschritten. Mir scheint, daß der Sozialismus (in seinen verschiedenen "Strömen") im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts - also in der Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges bis Anfang der 70er Jahre - den Höhepunkt seiner Kraftentfaltung und seiner Ausstrahlungsfähigkeit erreichte.

⁷ Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München - Wien 1995.

Drittens. Danach - also im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts - beginnt eine Periode nicht nur der Krise und des Niedergangs des Sozialismus, sondern auch von tiefgreifenden Veränderungen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften selbst. Wenn Hobsbawm hier von einem "Erdrutsch" spricht, so meint er nicht nur das Ende des Golden Age in den Kapitalmetropolen, sondern die Niederlagen des Sozialismus in der Dritten Welt und den schließlichen Kollaps des "Realsozialismus". Gleichzeitig vollzieht sich in dieser Zeit eine Verlagerung kapitalistischer Entwicklungszentren nach Ostasien und in den pazifischen Raum.

Es ist die Analyse dieses erdrutschartigen Umbruchs in globalen Dimensionen, die wir ins Zentrum unserer Analysen stellen müssen, wenn wir Bilanz und Perspektiven diskutieren - so die zentrale These meiner Überlegungen. Natürlich sind die Niederlagen des Sozialismus auch Ergebnisse des nationalen wie des internationalen Klassenkampfes gewesen - ich denke dabei nicht allein an die "neoliberale Konterrevolution", sondern auch an den Sachverhalt, daß in der Dritten Welt seit den 70er Jahren Demokratie und Sozialismus durch Militärregime und eine von den USA finanzierte "Counter-Guerilla" niedergeknüppelt wurden. Und, diese Niederlagen sind auch und nicht zuletzt Ergebnis der inneren Widersprüche und Blockaden, die in den Gesellschaften des "realen Sozialismus" - vor allem natürlich in der Sowjetunion selbst - lange zuvor im ökonomischen wie im politischen System errichtet worden waren. Es bleibt bittere Wahrheit, daß diese Systeme *aus sich heraus* unfähig zur Reform und zum Überleben waren - deshalb hat die Geschichte (zunächst einmal) ein hartes Urteil über sie gesprochen. Und, es bleibt noch viel zu tun, um - in der (geistigen und moralischen) Trümmerlandschaft, die der Realsozialismus hinterlassen hat - die Gründe für das Scheitern dieses Projektes zu erforschen und zu diskutieren, das seit dem Oktober 1917 - wie Hobsbawm mit Recht hervorhebt - die Geschichte dieses Jahrhunderst entscheidend geprägt hat!

Allerdings sollten wir bei dieser schmerzhaften Bilanz nicht jener Logik verfallen, die (wie Francis Fukuyama) den Sieg von kapitalistischer Marktwirtschaft und politischem Liberalismus als quasi-naturgesetzliches Resultat von Modernisierungsprozessen betrachtet. Die Politik der Sieger (von der eingangs die Rede war), die Logik der "Abwickler", zielt darauf ab, die Geschichte des Sozialismus - in ihrer Totalität - als abartige Fehlentwicklung zu kriminalisieren - natürlich auch deshalb, um angesichts der immer deutlicher zutage tretenden Defekte des Kapitalismus einen möglichen Erneuerungsprozeß des Sozialismus zu diskreditieren und zu behindern.

Wenn wir selbst der Empfehlung von Rosa Luxemburg zur rücksichtslos-grausamen Selbstkritik folgen, dann darf dabei aber das folgende nicht außer acht gelassen werden:

Erstens. Niemals dürfen wir die konkret historischen Umstände unberücksichtigt lassen, in denen Menschen im Namen des Sozialismus und des Kommunismus gehandelt haben. Das betrifft zum einen die konkreten

Handlungskonstellationen. Niemals hatten die handelnden Akteure die Gelegenheit bzw. die Freiheit, ihre Programme und Ziele unter gleichsam chemisch reinen Laboratoriumsbedingungen umzusetzen. Im Gegenteil - in der Regel handelte es sich um Katastrophenkonstellationen - z.B. am Ende des Ersten Weltkrieges, in denen bestenfalls Notprogramme entworfen und realisiert werden konnten. Und natürlich darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß jeder Ansatz einer sozialistischen Veränderung seit dem 19. Jahrhundert - seit der 48er Revolution und der Pariser Kommune in Frankreich, mehr noch nach der Oktoberrevolution in Rußland und bis zur Erfahrung der Sandinisten in Nicaragua und der kubanischen Revolution bis heute - mit massiver gegenrevolutionärer Gewalt - von innen und von außen - konfrontiert worden ist. Die "Flitterwochen" der Revolutionen waren stets Feste der Volksfreude - die Führer der siegreichen Konterrevolution erhielten nicht nur im Frankreich des 19. Jahrhunderts den Beinamen "Schlächter".

Und wenn wir schon von den konkret-historischen Umständen reden, dann darf auch niemals außer Acht gelassen werden, welches eigentlich das Ausmaß der ökonomischen Ausbeutung, der politischen Unterdrückung und der kulturellen Entfremdung der Volksmassen - dazu das Ausmaß der Demütigung durch weiße Kolonialherren - gewesen ist, das z.B. in China in der ersten Hälfte des Jahrhunderts den Sieg einer kommunistisch geführten Massenbewegung zum Sturz des alten Regimes und zum erfolgreichen Kampf gegen die japanischen Besatzer überhaupt erst möglich gemacht hat. Mit anderen Worten: Wir dürfen die materialistische Fundierung der Geschichte des Sozialismus nicht leichtfertig preisgeben! Antonio Gramsci hat es in den "Kerkerheften", in einer Notiz "Zum Begriff der politischen Partei" so formuliert: "Die Geschichte einer Partei wird also nur die Geschichte einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe sein können (die "Klassenpartei", F.D.). Aber diese Gruppe ist nicht isoliert; sie hat Freunde, Verwandte, Gegner, Freunde. Nur aus dem umfassenden Bild des ganzen gesellschaftlichen und staatlichen Ensembles (und häufig auch mit internationalen wechselseitigen Einwirkungen) wird sich die Geschichte einer bestimmten Partei ergeben, weshalb man sagen kann, die Geschichte einer Partei zu schreiben bedeutet nichts anderes als die allgemeine Geschichte eines Landes zu schreiben".⁸

Zweitens. Es gab keinen Fortschritt der Demokratie, keine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, keine Reformen auf dem Gebiet des Bildungswesens und der Kultur ohne den Einfluß des Sozialismus, der Klassenkämpfe und der zeitweiligen Veränderung Kräfteverhältnisse der Klassen zugunsten der "Subalternen" (wie es Gramsci formulierte) - auf der nationalen wie der internationalen Ebene. Es war (um nur ein Beispiel zu nennen) die sozialistische und re-

⁸ Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg 1996, S. 1602/3.

volutionäre Arbeiterbewegung, deren Einfluß am Ende des Ersten Weltkrieges - vor dem Hintergrund der Oktoberrevolution - dazu beigetragen hat, daß die elementare Forderung der bürgerlichen Revolution - z.B. das allgemeine Wahlrecht - durchgesetzt wurden. Das gleiche gilt für den modernen Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat als *das* sozialdemokratische Projekt (zumindest in West- und Nordeuropa) in der Ära des sog. "Fordismus". Das meint auch Eric Hobsbawm, wenn er feststellt, daß im 20. Jahrhundert die "Wirtschaftswunder" nicht durch, sondern gegen die Prinzipien des Laissez-Faire - also des unumschränkten Kapitalismus - durchgesetzt wurden.

Eben diesen Gedanken hat der amerikanische Ökonom Lester Thurow (der kein Marxist ist) in seinem neuen Buch über die "Zukunft des Kapitalismus" präzisiert. Er vertritt die These, daß der Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts, an dem er den Sozialismus auf breiter Front besiegt zu haben scheint, eben jene Probleme reproduziert, die einst die Geburt des modernen, antikapitalistischen Sozialismus eingeleitet haben: "Ohne einen sozialen Konkurrenten wird für den Kapitalismus stets die Versuchung bestehen, seine inneren Defizite zu ignorieren. Diese Versuchung ist schon in den hohen Arbeitslosenraten in der industriellen Welt zu erkennen. Es kann daher nicht überraschen, daß in dem Maße, wie die Bedrohung durch den Sozialismus gestorben ist, das Niveau der Arbeitslosigkeit, das toleriert wird, um die Inflation zu bekämpfen, ebenso angestiegen ist wie sich die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen rapide vergrößert und das 'Lumpenproletariat', das aus dem ökonomischen System herauskatapultiert wird, zugenommen hat. Genau dies waren die Probleme zu der Zeit, als der Kapitalismus geboren wurde. Sie sind Bestandteil des Systems. Sie führten zur Entstehung des Sozialismus, des Kommunismus und des Wohlfahrtsstaates".⁹

Damit komme ich zu einem *dritten* Punkt. Wenn wir tatsächlich in der Lage sind, diese schmerzhaft Bilanz - und d.h. den Widerspruch - auszuhalten, dann haben wir auch keinen Grund, uns der Geschichte des Sozialismus und der Geschichte der handelnden Akteure zu schämen. Ich sage es einmal sehr persönlich und emotional - ich bin nach wie sehr froh darüber (und auch stolz darauf), daß ich Wolfgang Abendroth und Jupp Schleifstein (als Repräsentanten der Generation der Oktoberrevolution, zu der auch Eric Hobsbawm gehört; zugleich Repräsentanten sehr unterschiedlicher Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung) als Lehrer und als Genossen gekannt habe.

3.

Wenn meine erste These über den Charakter der Krise des Sozialismus und Marxismus am Ende des 20. Jahrhunderts richtig ist, dann folgt daraus

⁹ Lester Thurow, *The Future of Capitalism*, New York 1996, S. 270.

zunächst einmal, daß für einen längeren Zeitraum von der One-World des globalen Kapitalismus auszugehen ist, und daß die Kritik der herrschenden Verhältnisse nicht mehr "von außen" - aus der Logik der Systemkonkurrenz - sondern "von innen" her entwickelt werden muß.

Außerdem wäre es schon ein gewisser Fortschritt, wenn sich vor allem die Intellektuellen, die den selbstreflexiven Bezug zum Marxismus - als einem Instrument der Erkenntnis und Kritik bestehender Herrschaftsverhältnisse und ihrer sozialökonomischen Basis - noch nicht aufgegeben haben, sich auf eine Liste von Themen einigen würden, über die es zu diskutieren, zu forschen und auch zu streiten gilt. Dies war z.B. das Anliegen von Pietro Ingrao und Rossana Rossanda, als sie ihre "Verabredungen zum Jahrhundertende" schrieben. Wie die deutsche Ausgabe¹⁰ zeigt, haben wir uns bemüht, diese Anregung aufzugreifen und über die Grenzen hinaus zu erweitern.

Dazu würde z.B. die Auseinandersetzung mit der Frage gehören, was es für einen erneuerten Marxismus und Sozialismus (als politisches Projekt) bedeutet, daß in den kapitalistischen Zentren (ganz zu schweigen von den Randgebieten der Weltgesellschaft) die klassische Arbeiterbewegung nicht mehr existiert (und zwar schon lange vor der "Implosion" des Realsozialismus). Schärfer noch: "Arbeiterbewegung", die sich auf den männlichen, weißen Facharbeiter in der Industrie - im Alter von 40 - 50 Jahren - stützt, hat als progressive politische und soziale Bewegung keine Zukunft. Diese Erkenntnis wurde freilich schon lange vor dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" aus der Analyse der Veränderung der Produktionsweise und des Arbeitsprozesses sowie der Erosion von "Klassenmilieus" in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften gewonnen. Das heißt nicht, daß es keine Volks- und Arbeiterbewegungen - von unten - mehr gibt. Im Gegenteil - wir sind seit gut zwei Jahren Zeugen eines Aufschwungs solcher Bewegungen - Protestdemonstrationen, Betriebsbesetzungen und Massendemonstrationen - in der ganzen Welt.

Es kommt allerdings darauf an, solche Bewegungen - ihre historische Rolle - zu entmystifizieren; denn diese Rolle muß immer wieder von Neuem - auf der "Höhe der Zeit" - begründet, entwickelt und praktisch organisiert werden. Außerdem kommt es darauf an, sich von der Vorstellung zu verabschieden, als ob gesellschaftliche Klassen kollektive Subjekte seien, die zugleich als soziale und politische Handlungssubjekte - vermittelt über das "Klassenbewußtsein" ihrer Mitglieder und ihrer Partei - agierten. Klassenkonstellationen in der Politik bzw. politisch relevante Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen sind stets Artikulationen komplexer "Blockbildungen" von verschiedenen Klassenfraktionen bzw. sozialen Gruppen mit einer

¹⁰ Pietro Ingrao/Rossana Rossanda, *Verabredungen zum Jahrhundertende*. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken, Hamburg 1996.

hegemonialen Struktur, die jeweils im einzelnen erforscht bzw. konstruiert werden muß.

Das heißt: Auch in der Zukunft werden gewerkschaftliche und politische Organisationen notwendig sein, um in der Arbeiterklasse Widerstand gegen die "Despotie des Kapitals" im Betrieb und in der Gesellschaft zu leisten und um sozialen und politischen Druck für eine Alternative zur herrschenden Politik zu erzeugen. Das ist eine Grunderfahrung, die sich gerade in diesen Tagen auf vielfache Weise praktisch bestätigt. Allerdings werden diese Organisationen und Kämpfe nicht mehr als jene privilegierten Zentren und als Avantgarden gelten, die nicht nur ein theoretisches Deutungsmonopol, sondern auch einen Führungsanspruch gegenüber anderen sozialen und politischen Kräften und Bewegungen beanspruchen. Der "Block der progressiven Kräfte" wird bunt, pluralistisch, autonom in Bezug auf die Artikulation von Interessen usw. sein müssen.

Es war gerade der monistische Wahrheits- und Führungsanspruch des Marxismus-Leninismus, der letztlich seine etatistisch-bürokratische Verknöcherung, seine Reformunfähigkeit, damit auch sein Scheitern bestimmt hat. Wir brauchen einen "offenen" und "entmystifizierten" Marxismus, um diese Fragen zu bearbeiten - ein Marxismus, der als kritische Theorie auch immer auf die eigene Geschichte und Praxis angewandt werden muß, der die Möglichkeit des Irrtums und die Kontingenz von Geschichte anerkennt! Diese Arbeit der Reflexion und der Analyse muß sich mit gesellschaftlicher und politischer Praxis verbinden bzw. vernetzen; aber, die Beziehung von Theorie und Praxis darf nicht Gegenstand der Beschlüsse eines Zentralkomitees sein!

Diese Liste von Themen wäre - das kann ich nur andeuten - offen und lang. Ich will - wegen der beschränkten Zeit - nur noch ein Feld ansprechen, auf dem besonders deutlich wird, welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Neue - das Potential und die Dynamik der Veränderung - nicht nur zu erkennen, sondern auch als ein zentrales Widerspruchs- und Praxisfeld zu bearbeiten. Ich denke dabei an jene Fragen, die mit der Neubewertung des "Internationalismus" verbunden sind. Die Arbeiterbewegungen haben sich historisch als nationale Bewegungen und Organisationen entwickelt (mit ethnisch relativ homogenen Arbeiterklassen; in den USA hingegen - als dem klassischen Immigrationsland - hatte sich niemals eine Arbeiterbewegung nach westeuropäischem Vorbild durchsetzen können). Der Internationalismus (seit der Gründung der IAA im Jahre 1864) war auf diese nationalen Pfeiler begründet - und darin wurzelte auch seine Schwäche, die nicht nur im Blick auf den August 1914 beklagt worden ist. Noch in der fordistischen Ära wurde mit dem Keynesianismus und dem nationalen Wohlfahrtsstaat ein "nationaler Klassenkompromiß" institutionalisiert. Diese Voraussetzungen haben sich aufgelöst - als Folge der Transnationalisierung der Ökonomie und der Rolle der transnationalen Konzerne, als Folge der Schwächung (nicht der Aufhe-

bung) und der Transformation der nationalstaatlichen Souveränität und der damit verbundenen Kräfteverhältnisse der Klassen, aufgrund sozialer Strukturveränderungen, die auch den Umfang und die Zusammensetzung der Arbeiterklasse betreffen. In der Folge der Migrationsprozesse haben sich insbesondere die neuen "Unterschichten der Arbeiterklasse" in den Randsegmenten des Arbeitsmarktes internationalisiert. "Internationalismus" - als emanzipatorisches politisches Projekt - verlangt daher nicht allein die Entwicklung von neuen Formen einer transnationalen Politik (z.B. im europäischen Rahmen), sondern auch einen neuen Internationalismus "vor Ort" - im Betrieb, in den Städten und Wohnbezirken, in den Schulen und den lokalen Verwaltungen. Die sozialistische Linke muß Träger einer solchen Politik sein. Deren Entwicklung steht erst in den Anfängen. Sie wird - auch aus der einheimischen Arbeiterklasse - mit vielfältigen Hindernissen und Einwänden konfrontiert (die sich z.B. in Wahlentscheidungen für die radikale Rechte oder auch in "alltäglichem Rassismus" manifestieren).

4.

Ich komme zum Schluß zur zentralen These meiner Ausführungen zurück. Wir müssen, so sagte ich eingangs, die Analyse des "Erdrutsches" (Hobsbawm) seit den 70er Jahren ins Zentrum unserer Analysen stellen, wenn wir Bilanz und Perspektiven diskutieren. Die welthistorische Zäsur von 1989 ff. ist ebensowenig wie die Krise des Sozialismus ohne diesen tiefgreifenden Umbruch angemessen zu begreifen. Dessen systemischer, umfassender Charakter wird nicht allein darin deutlich, daß er mit einem Sprung in der Produktivkraftentwicklung (wissenschaftlich-technische Revolution) sowie mit den tiefgreifenden Veränderungen in der Klassenstruktur und der Lebensweise (vor allem über die "Revolutionierung" des Kommunikationssektors) verbunden ist - sondern, daß er das Verhältnis von Ökonomie und Politik, der Rolle des Staates in Bezug auf die Weltmarktkonkurrenz neu bestimmt, dabei neue hegemoniale Konstellationen von Klassenherrschaft erzeugt. Aber, dieser Umbruch verläuft krisenhaft und keineswegs naturwüchsig; er ist mit heftigen sozialen Kämpfen verbunden - in seiner ersten Phase freilich mit oftmals dramatischen Niederlagen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Es geht darum, daß wir die innere Struktur und die Entwicklungsrichtungen dieses krisenhaften Umbruchs genauer begreifen - im Kernbereich des Akkumulations- und Verwertungsprozesses selbst, aber auch im Bereich der Lebensweise und Kultur und schließlich - und nicht zuletzt - im Verhältnis von Akkumulation und politisch-institutioneller Regulation; denn der krisenhafte Charakter des Umbruchs - auf der politischen Ebene - erscheint vor allem darin, daß der Zusammenhang - die Kohäsion - von Akkumulationregime und Regulationsweise, die die sog. Golden-Age-Periode charakterisiert hatte, sich aufgelöst hat - und weder eine neue - sich selbst

tragende - Wachstumskonstellation noch eine neue politische Regulation - im Sinne einer gesellschaftlichen Kontrolle der entfesselten Marktkräfte - erkennbar wäre.

Hier also - so meine These - liegt eine zentrale Aufgabe marxistischer Analysen (und krisentheoretischer Diskurse), die an die Marx'sche Bestimmung der Schranken der Kapitalakkumulation und der entgegenwirkenden Ursachen natürlich (aber auch z.B. an Rosa Luxemburgs Analysen) anzuknüpfen hätten. Anders ausgedrückt: Der Verlust an politisch-ökonomischer Denk- und Analysefähigkeit, der im vergangenen Jahrzehnt vor allem in den Sozialwissenschaften und auch bei den kritischen Intellektuellen zu beklagen ist (ganz zu schweigen von den "organischen Intellektuellen" der großen Parteien), dieser Verlust ist einer der Gründe für die Sprachlosigkeit oder auch die Ohnmacht kritischer Diskurse - einer der Gründe dafür, daß die herrschende neoliberale "Theologie" (Hobsbawm) immer noch zu behaupten vermag, es gäbe zu ihrer Politik keine Alternative.

Die zentralen Widersprüche, die der heutige Kapitalismus erzeugt, sind - z.B. durch die Analysen von Paul Kennedy (1993), des Club of Rome (1991), des World Watch Instituts oder der Stiftung Entwicklung und Frieden (1995) - wohl Gegenstand des öffentlichen Bewußtseins und auch von politischen Debatten. Die von der UNO organisierten Weltkonferenzen über "Umwelt" (Rio, 1994), über die Armut in der Welt (Kopenhagen, 1995) sowie die Weltfrauenkonferenz in Peking (1996) haben die Ausbreitung und Zuspitzung globaler Widerspruchskonstellationen, deren Gefahren und deren Destabilisierungspotentiale auch für die "reichen Zentren" des Nordens durchaus zur Sprache gebracht. Allerdings machen sich im Ergebnis solcher Konferenzen - angesichts ihrer nur schwachen praktisch-politischen Wirkungen - auch immer wieder Ohnmachtsgefühle bzw. Enttäuschungen breit.

Worum also handelt es sich dabei?

- Um die globalen Spaltungen zwischen Armut und Reichtum, die sich in den Metropolen selbst reproduzieren und verfestigen und eine Krise der Gesellschaft erzeugen, die sich zunehmend "fragmentiert".

- Um die Ausbeutung von Ressourcen, die Zerstörung der Natur und die Belastungen des Klimas, des Wassers, der Böden usw. durch die gleichsam ungehemmte Fortsetzung und weltweite Verbreitung des industriekapitalistischen Wachstumsmodells.

- Um die Schwächung der Nationalstaaten als der politischen Arenen, in denen demokratische Forderungen durchgesetzt und Instrumente sowie Institutionen zur Kontrolle der kapitalistischen Entwicklungswidersprüche (in Gestalt der Polarisierung von Armut und Reichtum sowie der mit den Wirtschaftskrisen verbundenen sozialen Risiken, vor allem der Massenarbeitslosigkeit) erkämpft wurden.

- Um eine Überakkumulationskrise des Kapitals, die durch Produktivkraftsteigerung ("mikroelektronische Revolution"), durch das Aufblähen des "fiktiven (spekulativen) Kapitals" sowie durch den Abbau des fordistischen Wohlfahrtsstaates gerade nicht in eine neue, stabile Formation übergeht, sondern sich durch Wachstumsschwäche, chronisch ansteigende Massenarbeitslosigkeit und konjunkturelle - vor allem monetäre - Instabilität auszeichnet.

- Um eine Krise der "Arbeitsgesellschaft", die mit der Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit zugleich einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus dem Erwerbssystem - aus der "auf dem Tauschwert ruhende(n) Produktion" - "freisetzt", was allerdings bei Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise eine Vermehrung der "Surplusbevölkerung", also die Schaffung von "disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit" bedeutet¹¹ - aber gerade nicht als Befreiung vom Naturzwang der schweren Arbeit im Sinne, um die "freie Entwicklung der Individualitäten" zu ermöglichen, sondern als soziale Marginalisierung, die mit Armut und Ausgrenzung ("Exklusion") verbunden ist.¹²

- Und schließlich handelt es sich auch um eine Krise der politischen Kultur - unter Einschluß der demokratischen Institutionen, die nicht allein auf die sozialökonomischen Prozesse, sondern vor allem auch auf die neuen Medien ("Informationsgesellschaft") zurückzuführen sind, die den gesamten politischen Prozeß, vor allem die Formen und Organisationen der "zivilgesellschaftlichen" Vermittlung, der Öffentlichkeit zwischen Gesellschaft und Staat/Politik, d.h. eben die Funktionsbedingungen der Demokratie, grundlegend verändert haben.

Der neue "Sachzwang"-Totalitarismus der Märkte und des Geldes - ohne totalitäre Regierung - entspringt aus den Funktionsgesetzen der globalisierten Märkte. Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, lehnt z.B. die Forderung nach einem "europäischen Sozialstaat" mit dem Hinweis auf die Bedingungen globaler Märkte und die Widersprüche

¹¹ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 593, 595.

¹² Jeremy Rifkin beschwört die Dramatik der sozialen, globalen Katastrophe, die sich im Übergang ins 21. Jahrhundert immer deutlicher abzeichnet: "An der Schwelle zum dritten Jahrtausend steht unsere Zivilisation an einer Wegscheide. Der eine Weg führt in eine verheißungsvolle, utopische Welt, der andere in eine unheilvolle Welt voller Gefahren. Zur Debatte steht unsere Vorstellung von Arbeit. Wie soll die Menschheit damit umgehen, daß in Zukunft die meiste Arbeit nicht mehr von Menschen, sondern von Maschinen erledigt werden wird? Unsere politischen Institutionen, unsere gesellschaftlichen Verpflichtungen und wirtschaftlichen Beziehungen sind alle auf Menschen ausgerichtet, die ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen. Jetzt, da unsere Arbeitskraft für die Industrie wie für den Dienstleistungssektor immer unwichtiger wird und ihr Marktwert rapide sinkt, müssen wir uns neue Wege ausdenken, wie man Einkommen und Kaufkraft sichern könnte. Wir brauchen Alternativen zur Erwerbsarbeit, um die Kraft und das Talent zukünftiger Generationen nicht brachliegen zu lassen". Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. - New York 1995, S. 161.

eines - wie er sagt - "ausufernden Sozialstaates" ab. Dann aber formuliert er brutal die Logik des neuen Totalitarismus: vor allem übersehe eine solche Forderung, "mit welcher Wucht ökonomische Realitäten politische Fehlkonstruktionen zerschmettern können".

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu, gegen den Tietmeyer hier argumentiert, kritisiert nicht allein das "Tietmeyer-Denken" als die neue "Religion" des Neoliberalismus und als Philosophie der Herrschaft des Finanzkapitals. In einer Rede vor streikenden Arbeitern - in Paris, Ende des Jahres 1995 - hat er zugleich auf die Zerstörung der Demokratie als Folge der Vorherrschaft globaler Märkte und der Privatisierung des öffentlichen Dienstes aufmerksam gemacht: "Worum es heute geht, das ist *die Rückeroberung der Demokratie aus den Händen der Technokratie*. Es muß Schluß sein mit der Tyrannei der 'Experten', vom Stil der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, die ohne jede Diskussion die Verdikte des neuen Leviathan, 'der Finanzmärkte', durchdrücken und die nicht verhandeln können, sondern lediglich 'erklären'; man muß mit dem neuen Glauben an die historische Zwangsläufigkeit berechnen, den die Theoretiker des Liberalismus verbreiten".¹³

Damit ist schon die Richtung angedeutet, in der die Zukunft des Sozialismus zu denken wäre. Die Tyrannei der Experten des Neoliberalismus und der Globalisierungsdiskurse (der Kern der demokratischen Frage) kann nur beendet werden, wenn zugleich Mehrheiten für Alternativen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gewonnen werden. Die von Hobsbawm am Ende seines Buches prognostizierten Verteilungskämpfe im Übergang ins neue Jahrhundert - Kämpfe um die Verteilung des materiellen Reichtums, des Wissens, der Macht und der natürlichen Ressourcen - sind längst Wirklichkeit geworden. Und insofern gilt auch - gleichsam als Rahmenbedingung - für unsere theoretischen Debatten, daß die politische und gewerkschaftliche Linke zwar geschwächt, aber doch keineswegs verschwunden ist.

Seit 1992/93 hat - vor allem in den entwickelten kapitalistischen Staaten - die Streiktätigkeit erheblich zugenommen. In verschiedenen Formen artikuliert sich sozialer Protest. Das innere Band dieser neuen Welle der Klassenkämpfe wird durch die gemeinschaftliche Kritik an den vorherrschenden sozialökonomischen und politisch-ideologischen Entwicklungstendenzen in den reichen Metropolen des Kapitals geknüpft. Protest und Widerstand richten sich gegen das Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit und der Armut auf der einen und gegen die Demontage des Sozialstaates - einschließlich des Abbaus von Arbeiter- und Gewerkschaftsrechten - auf der anderen Seite. Überall steht die Kritik der neoliberalen "Wirtschaftstheologie" und Politik im Mittelpunkt. Darin sind diese Bewegungen zunächst

¹³ Pierre Bourdieu, "Contre la destruction 'd' une civilisation...". Rede vor den Streikenden im Gare de Lyon, Paris, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2/1996, S. 178.

einmal defensiv; und es ist nicht auszuschließen, daß mit der fortschreitenden Erosion der fordistischen Klassenformationen auch diese Welle des sozialen Protestes verebben wird und/oder daß sie auch für die politische Rechte instrumentalisiert werden kann.

Einen offensiven Charakter werden solche Bewegungen dann gewinnen, wenn sich in ihrem Ergebnis - auch als Resultat von ideologischen Auseinandersetzungen - eine neue hegemoniale (mehrheitsfähige) Konstellation politischer, sozialer und kultureller Kräfte abzeichnet. Die Außerwertsetzung eines stets wachsenden Teils des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens im heutigen Kapitalismus macht beschäftigungspolitische Projekte jenseits des Tauschwertcharakters der warenproduzierenden Lohnarbeit notwendig - und gerade hier gehen sozialistische Konzepte über die Vorstellungen der (vor allem US-amerikanischen) "Kommunitaristen" - die sich auf eine Ausweitung des Sektors gemeinnütziger Tätigkeiten konzentrieren - hinaus. Es geht darum, die Frage der Arbeitszeit und der Verteilung von Arbeit als zentrale politische Fragen anzuerkennen. Es geht um eine Perspektive der zunehmenden De-Kommodifizierung der Erwerbsarbeit und eine Neubewertung der arbeitsfreien Zeit. Hier könnte das sozialistische Projekt der Zukunft seinen spezifischen Bezug oder Anknüpfungspunkt haben (der auch den Bezug zu Marx einschließt).

In diesen Auseinandersetzungen der Gegenwart entscheidet sich zunächst einmal, ob die Epoche der neoliberalen Hegemonie, die Ende der 70er Jahre begann, bis zum Ende des Jahrhunderts durch eine neue Epoche abgelöst wird, in der die Anerkennung und Ausgestaltung sozialer Bürgerrechte im Mittelpunkt politischen Handelns stehen wird. Und in diesen Auseinandersetzungen wird auch darüber entschieden, ob der Sozialismus noch eine Zukunft hat.¹⁴

¹⁴ Ich habe diese Fragen ausführlich in meinem Buch "Fin de siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert", Köln 1997, behandelt.